

Münchener Anwaltshandbuch Verwaltungsrecht

5., aktualisierte Auflage 2023
ISBN 978-3-406-78722-5
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Heribert Johlen / Michael Oerder (Hrsg.)
Münchener AnwaltsHandbuch
Verwaltungsrecht



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Münchener Anwalts Handbuch

Verwaltungsrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Heribert Johlen (†)

weiland Rechtsanwalt, Fachanwalt für Verwaltungsrecht in Köln
Honorarprofessor an der Universität zu Köln

und

Dr. Michael Oerder

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Verwaltungsrecht in Köln

Bearbeitet von:

Wilhelm Achelpöbler, Rechtsanwalt in Münster; *Dominik Bender*, Rechtsanwalt in Frankfurt a. M.; *Dr. Markus Deutsch*, Rechtsanwalt in Bonn; *Dr. Rainer Döring*, Rechtsanwalt in München; *Dr. Nicole Eckbold*, Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht Gelsenkirchen; *Dr. Mascha Franzen*, Rechtsanwältin in Köln; *Tobias Gafus*, Rechtsanwalt in Berlin; *Dr. Klaus Grünewald*, Rechtsanwalt in Münster; *Klaus Hoffmann*, Rechtsanwalt in München; *Dr. Georg Hünnekens*, Rechtsanwalt in Münster; Prof. *Dr. Curt M. Jeromin*, Rechtsanwalt in Andernach; Prof. *Dr. Heribert Johlen* (†), Rechtsanwalt in Köln; Prof. *Dr. Norbert Kämper*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dr. Andreas Kersting*, Rechtsanwalt in Münster; Prof. *Dr. Christian Kirchberg*, Rechtsanwalt in Karlsruhe; Prof. *Dr. Peter Kothe*, Rechtsanwalt in Stuttgart; Prof. *Dr. Ferdinand Kuchler*, Rechtsanwalt in München; Prof. *Dr. Walter Georg Leisner*, Rechtsanwalt in München; *Dr. Thomas Lüttgau*, Rechtsanwalt in Köln; *Dr. Christian Mensching*, LL. M., Rechtsanwalt in Bonn; *Dr. Michael Oerder*, Rechtsanwalt in Köln; *Dr. Martin J. Ohms*, Rechtsanwalt in Berlin; *Dr. Michael Sauthoff*, Präsident des Obergerverwaltungsgerichts Mecklenburg-Vorpommern und des Finanzgerichts Mecklenburg-Vorpommern a. D. in Greifswald; *Dr. Roland Schmidt-Bleker*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dr. Ulrich Soltész*, LL. M., Rechtsanwalt in Brüssel; *Christoph Tometten*, LL. M., Rechtsanwalt in Berlin; *Dr. Rainer Voß*, Rechtsanwalt in Köln; *Dr. Andreas Weiss*, Rechtsanwalt in Berlin; *Janbernd Wolfering*, Rechtsanwalt in Düsseldorf

5., aktualisierte Auflage 2023



Zitervorschlag:
MAH VerwR/Achelpöhler § ... Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 78722 5

© 2023 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Satz: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen

Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Umschlaggestaltung: Kunst oder Reklame, München


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Die 1. Auflage dieses Handbuches wurde vor mehr als 20 Jahren herausgegeben. Die folgenden Auflagen erschienen jeweils im Abstand von vier bis fünf Jahren. Die Schnelligkeit der Gesetzgebungsverfahren; aber auch die im stetigen Wandel befindliche Rechtsprechung machten dabei jeweils umfangreiche Überarbeitungen der Texte erforderlich. Auch die vorliegende 5. Aufl. verfolgt das Anliegen, den neuesten Stand von Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur zu vermitteln.

Aus dem Kreis der Autoren ausgeschieden sind im Zuge dieser Neuauflage Dr. Mona Moraht, Dr. Robert G. Brehm, Dr. Jan-Peter Fiebig, Klaus-Dieter Haase, Prof. Dr. Frederik von Harbou, Dr. Bertold Huber, Gernot Lehr, Christoph Nold und Dr. Wolfgang Zimmerling.

Für eine Mitarbeit gewonnen werden konnten Frau Dr. Mascha Franzen sowie die Herren Wilhelm Achelpöehler, Tobias Gafus, Prof. Dr. Wolfgang Georg Leisner, Dr. Christian Mensching, Christoph Tometten und Janbernd Wolfering,

Allen Beteiligten gebührt für ihren Einsatz und ihre qualifizierte Mitarbeit großer Dank.

Herr Professor Dr. Heribert Johlen hat von der 1. Aufl. an die wesentlichen Herausgeberfunktionen für dieses Handbuch wahrgenommen und einige grundlegende Kapitel als Autor beigesteuert. Er war auch an der Entstehung dieser 5. Aufl. noch maßgebend beteiligt. Herr Professor Johlen ist am 25.8.2022 im Alter von 85 Jahren verstorben. Er hat dieses Werk maßgeblich geprägt. Es gehört zu seinem beruflichen und wissenschaftlichen Nachlass, auf den er sicherlich stolz gewesen wäre. Ich bin dankbar, dass ich mit ihm zusammenarbeiten durfte.

Köln, im April 2023

Michael Oerder

Vorwort zur 1. Auflage

Das vorliegende Anwaltshandbuch will dem Anwalt die Bearbeitung verwaltungsrechtlicher Fälle erleichtern. Es soll eine Hilfe sowohl für den Fachanwalt für Verwaltungsrecht, der unmöglich das Verwaltungsrecht in seiner gesamten Breite beherrschen kann, als auch für denjenigen sein, der sich mit der gelegentlichen Bearbeitung eines verwaltungsrechtlichen Falles auf für ihn weniger vertrautes Terrain begibt und deshalb eine Orientierung bei der Bewältigung der mit dem Fall aufgeworfenen verfahrensrechtlichen und materiellrechtlichen Probleme benötigt.

Nach einem Teil A, der sich mit den bei der Bearbeitung eines verwaltungsrechtlichen Mandates und beim Führen eines Verwaltungsstreitverfahrens üblicherweise auftretenden Fragen befasst, werden im Teil B die Grundzüge der Mediation im Verwaltungsrecht erläutert. Sodann werden in Teil C für nahezu alle Bereiche des besonderen Verwaltungsrechts Hinweise zur Fallbearbeitung gegeben. Diese bestehen in einer zusammenfassenden Darstellung des materiellen Rechtes, soweit es in der Praxis eine Rolle spielt, sowie Empfehlungen zur Handhabung des Verfahrens, verbunden mit Formulierungsvorschlägen, Checklisten und praktischen Beispielen.

Kennzeichnung des Handbuches wie auch der übrigen Anwaltshandbücher dieser Reihe ist die „integrierte Darstellungsform“. Sie verbindet und löst gemeinsam die Aufgaben eines Formularbuches auf der einen und der systematischen Darstellung des materiellen Rechtes auf der anderen Seite. Selbstverständlich ist, dass der neueste Stand der Rechtsprechung und der Gesetzgebung berücksichtigt wurde, also auch die 7. Novelle zur VwGO mit den Neuerungen im Rechtsmittelverfahren, das neue Bundesnaturschutzgesetz und sogar die aktuel-

Vorwort

len Entwicklungen im Ausländer- und Asylrecht (Zuwanderungsgesetz). Dass auch moderne Formen der Streitvermeidung nicht unberücksichtigt geblieben sind, zeigt das Kapitel über die „verwaltungsrechtliche Mediation“.

Die Verfasser sind ausgewiesene Spezialisten auf dem Gebiet des Verwaltungsrechtes. Wir sind allen Autoren für ihre Mitarbeit und vor allem auch dafür dankbar, dass die Beiträge im wesentlichen zeitgleich und innerhalb der vereinbarten Frist abgegeben wurden. Dadurch ist ein durchgängig gleich hohes Maß an Aktualität gewährleistet. Bedanken möchten wir uns auch bei Frau Kollegin Susanne Löffelholz für ihre Mitarbeit.

Wie immer sind Verlag, Autoren und Herausgeber für kritische Hinweise und Anregungen aus dem Kreis der Benutzer dankbar.

Köln, im Juli 2002

Heribert Johlen
Michael Oerder



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	IX
Autorenverzeichnis	XXIX
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII
Literaturverzeichnis	XXXIX

Teil A. Das Mandatsverhältnis im Verwaltungsrecht

§ 1 Das verwaltungsrechtliche Mandat (<i>Johlen</i>)	1
§ 2 Der Anwalt im Verwaltungsprozess (<i>Johlen</i>)	29

Teil B. Die Mediation im Verwaltungsrecht

§ 3 Mediation im öffentlichen Bereich (<i>Voß</i>)	115
--	-----

Teil C. Das Besondere Verwaltungsrecht in der anwaltlichen Praxis

§ 4 Das Mandat im Abgabenrecht (<i>Grünewald/Döring</i>)	151
§ 5 Das Mandat im Beamtenrecht (<i>Fiebig/Wolfering</i>)	221
§ 6 Das Mandat im Denkmalschutzrecht (<i>Deutsch</i>)	289
§ 7 Das Mandat im Bauplanungsrecht (<i>Lüttgau/Hoffmann</i>)	323
§ 8 Das Mandat im Bauordnungsrecht (<i>Kuchler</i>)	408
§ 9 Das Mandat im Baunachbarrecht (<i>Schmidt-Bleker</i>)	439
§ 10 Das Mandat im Immissionsschutzrecht (<i>Ohms/Weiss</i>)	473
§ 11 Das Mandat im Natur- und Landschaftsschutzrecht (<i>Hünnekens</i>)	522
§ 12 Das Mandat im Abfallrecht (<i>Kersting</i>)	570
§ 13 Das Mandat im Wasserrecht (<i>Kothe</i>)	599
§ 14 Das Mandat im Gewerbe- und Gaststättenrecht (<i>Moraht/Nold/Leisner</i>)	658
§ 15 Das Mandat im Schulrecht (<i>Eckbold</i>)	720
§ 16 Das Mandat im Prüfungsrecht (<i>Haase/Achelpöhler</i>)	773
§ 17 Das Mandat im Hochschulzulassungsrecht (<i>Franzen</i>)	858
§ 18 Das Mandat im Staatshaftungsrecht (<i>Jeromin/Kichberg</i>)	900
§ 19 Das Mandat im Planfeststellungsrecht (<i>Kämper</i>)	1005
§ 20 Das Mandat im Bodenschutzrecht (<i>Oerder</i>)	1085
§ 21 Das Mandat im Straßenrecht (<i>Sauthoff</i>)	1112
§ 22 Das Mandat im Medienrecht (<i>Gafus/Mensching</i>)	1174
§ 23 Das Mandat im Aufenthaltsrecht (<i>v. Harbou/Tometten</i>)	1205
§ 24 Das Mandat im Asylrecht (<i>Bender</i>)	1244

Teil D. Europarecht in der anwaltlichen Praxis

§ 25 Grundlagen des Europarechts und des europäischen Verfahrensrechts (<i>Soltész</i>)	1319
---	------

Sachverzeichnis	1365
-----------------------	------



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Teil A. Das Mandatsverhältnis im Verwaltungsrecht

§ 1 Das verwaltungsrechtliche Mandat

I. Tätigkeitsfelder des Anwaltes	2
1. Verwaltungsrechtsschutz als Individualrechtsschutz	2
2. Anwalt nicht nur des Bürgers	2
3. Kooperation statt Konfrontation	3
4. Neue Aufgabenfelder	3
II. Annahme des Mandates	4
1. Fristenkontrolle	4
2. Feststellung weiterer Beteiligter	4
3. Prüfung einer Interessenkollision	4
4. Prüfung der Erfolgsaussichten	6
5. Wirkung des Rechtsbehelfs auf die Vollziehbarkeit des Verwaltungsaktes ..	7
6. Vergütungsvereinbarung	7
7. Haftungsbeschränkung	11
8. Checkliste	14
III. Verwaltungsverfahren, Widerspruchsverfahren	14
1. Anzuwendendes Recht	14
2. Bemühen um eine einvernehmliche Regelung	15
3. Möglichkeit eines Widerspruchs nach dem Landesrecht	16
4. Einlegen des Widerspruchs	16
5. Vereinbarung eines Musterverfahrens	17
6. Anwaltsgebühren im Verwaltungsverfahren	21
7. Checkliste	22
IV. Computergestützte Informationsbeschaffung in der öffentlich-rechtlichen Praxis	23
1. Online-Datenbanken	23
2. Buchbeilagen und Download-Daten	24
V. Der Fachanwalt für Verwaltungsrecht	24
1. Voraussetzungen der Verleihung	24
2. Antragstellung	26
3. Weiteres Verfahren	27
4. Fortbildung	27

§ 2 Der Anwalt im Verwaltungsprozess

I. Beratung vor der Klageerhebung	32
1. Einhaltung der Klagefrist	32
2. Klagebefugnis, Auswahl des Klägers	33
3. Prüfung der Klageaussichten und des Kostenrisikos	36
4. Ausnutzung des Suspensiveffektes	36
5. Klärung öffentlich-rechtlicher Vorfragen für ein Privatrechtsverhältnis	37
6. Checkliste	38
II. Klageerhebung, Inhalt der Klageschrift	38
1. Zuständiges Gericht	38
2. Klageerhebung mit moderner Kommunikationstechnik	39
3. Elektronischer Rechtsverkehr über das Anwaltspostfach (beA)	39
4. Bezeichnung des Gerichts	40

Inhaltsverzeichnis

5. Bezeichnung der Beteiligten	40
6. Beschreibung des Streitgegenstandes	41
7. Angaben zum Streitwert	41
8. Prozessvollmacht	41
9. Klageantrag zur Hauptsache	41
10. Nebenanträge	44
11. Vorbehalt der Klagebegründung	44
12. Beifügen der angefochtenen Bescheide	45
13. Abschriften	45
14. Checkliste	45
III. Klagebegründung	45
1. Amtsermittlung und Mitwirkungslast	45
2. Begründungsfrist	46
3. Akteneinsicht	46
IV. Weiteres Verfahren	47
1. Klageerwiderung, Vorlage der Verwaltungsvorgänge	47
2. Replik des Klägers, Einsicht in die Verwaltungsvorgänge	47
3. Heilung von Mängeln des Verwaltungsaktes durch den Beklagten	47
4. Checkliste	48
5. Reaktion des Klägers auf die Heilung des Verwaltungsaktes	48
V. Die mündliche Verhandlung	49
1. Sachbericht	49
2. Erörterung der Streitsache	49
3. Förmlicher Beweisantrag	50
VI. Der Vergleich im Verwaltungsprozess	53
1. Zustandekommen des Vergleichs	53
2. Widerrufsvergleich	54
3. Erledigung durch außergerichtlichen Vergleich	56
4. Vollstreckung aus dem Vergleich	58
5. Zeitliche Begrenzung der Vergleichsverpflichtung	58
6. Verfahrens- und Vergleichskosten	59
7. Anwaltsgebühren	59
8. Checkliste	61
VII. Handlungs- und Beratungsbedarf nach Zustellung des Urteils	61
1. Aufgaben des Anwaltes der unterlegenen Partei	61
2. Aufgaben des Anwaltes der obsiegenden Partei	64
3. Checkliste	69
VIII. Berufung, Berufungszulassung	69
1. Anwaltszwang	69
2. Einlegung der Berufung	70
3. Antrag auf Zulassung der Berufung	70
4. Berufungsbegründung	74
5. Anwaltsgebühren	75
6. Checkliste	76
IX. Revision, Revisionszulassung	76
1. Anwaltszwang	77
2. Einlegung der Revision	77
3. Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision	78
4. Revisionsbegründung	83
5. Anwaltsgebühren	85
6. Checkliste	86
X. Vorläufiger Rechtsschutz	86
1. Vorläufiger Rechtsschutz nach § 80 VwGO	86
2. Vorläufiger Rechtsschutz nach § 80a VwGO	92
3. Vorläufiger Rechtsschutz nach § 123 VwGO	97

4. Abänderung von Entscheidungen nach den §§ 80, 80a, 123 VwGO	101
5. Anwaltsgebühren	102
6. Checkliste	102
XI. Beschwerde nach der VwGO	103
1. Beschwerdefähige Entscheidungen	103
2. Einlegung und Begründung der Beschwerde	103
3. Anwaltsgebühren	104
XII. Vollstreckung	105
1. Vollstreckungstitel	105
2. Vollstreckungsgläubiger, Vollstreckungsschuldner	105
3. Art der zu erzwingenden Maßnahme	105
4. Verfahren	105
5. Checkliste	108
XIII. Anwaltsgebühren im Verwaltungsprozess	108
1. Verfahrensgebühr	108
2. Anrechnung der Geschäftsgebühr auf die Verfahrensgebühr	109
3. Terminsgebühr	109
4. Erledigungsgebühr	110
5. Mehrvertretungsgebühr	110
6. Festsetzung der Vergütung und Vollstreckung des Festsetzungsbeschlusses	110
XIV. Prozesskostenhilfe	111
1. Voraussetzungen	111
2. Verfahren	111
3. Rechtsmittel	112
4. Anwaltsgebühren	112
5. Prozesskostenhilfe zur Wahrung von Fristen	112

Teil B. Die Mediation im Verwaltungsrecht

§ 3 Mediation im öffentlichen Bereich

I. Einführung	116
II. Das Mediationsförderungsgesetz	117
III. Vorteile der Mediation	119
1. Gewinner statt Verlierer	119
2. Berücksichtigung von Interessen	120
3. Flexibilität	120
4. Eigenverantwortlichkeit	121
5. Zukunftsorientierung	121
6. Vertraulichkeit	122
7. Freiwilligkeit	122
8. Zeit- und Kostenvorteil	123
9. Zufriedenheit	123
IV. Verschiedene Einsatzmöglichkeiten der Mediation	124
V. Implementation der Mediation im öffentlichen Bereich	126
1. Vereinbarkeit von Verwaltungsrecht und Mediation	126
2. Klassische Argumente gegen Mediation	127
3. Widerlegung	128
4. Besonderheiten im öffentlichen Recht	130
VI. Anwendungsmöglichkeiten für Mediation	133
1. Planfeststellungsverfahren	133
2. Bauleitplanung	135
3. Genehmigungen	136
4. Energiewende	137
5. Weitere Rechtsbereiche	138

Inhaltsverzeichnis

VII. Die Phasen des Mediationsverfahrens	140
1. Phase: Vorgespräch, Überprüfung der Mediationsfähigkeit und Abschluss des Mediationsvertrags	140
2. Phase: Themensammlung	142
3. Phase: Von den Positionen zu Interessen	143
4. Phase: Kreative Lösungssuche	144
5. Phase: Vergleichsvertrag	144
VIII. Die Anwältin in der Mediation	146
1. Der AnwaltMediator	146
2. Die Anwältin als Interessenvertreter	148
IX. Hinweise zur Optimierung einer Mediation	149
1. Co-Mediation	149
2. Konfliktchart	149
X. Ausblick – The future is mediation	150

Teil C. Das Besondere Verwaltungsrecht in der anwaltlichen Praxis

§ 4 Das Mandat im Abgabenrecht

I. Allgemeine Grundlagen	153
1. Grundlagen des kommunalen Abgabenrechtes	153
2. Abgabenerhebungspflicht, Abgabenverzicht	154
II. Verfahren	154
1. Annahme des Mandates	155
2. Prüfen des Abgabenbescheides	157
3. Aussetzung der Vollziehung	162
4. Klageverfahren	163
5. Vorausleistungen und Ablösung	164
6. Billigkeitsregelungen	167
7. Erstattungsanspruch	167
8. Nacherhebung und Bestandskraft	167
III. Erschließungsbeitragsrecht	168
1. Rechtsgrundlagen	168
2. Mandantengespräch	168
3. Weiteres Vorgehen	172
4. Widerspruchseinlegung	174
5. Klageverfahren	175
6. Erschließungsrechtliche Vereinbarungen	189
IV. Straßenausbaubeitragsrecht	191
1. Rechtsgrundlagen und Besonderheiten	191
2. Mandantengespräch	193
3. Widerspruchseinlegung	194
4. Widerspruchs- und Klageverfahren	195
5. Vergleich	200
V. Anschlussbeitragsrecht	201
1. Aufwendungsphase	202
2. Verteilungsphase	204
3. Heranziehungsphase	208
VI. Kommunale Benutzungsgebühren	210
1. Allgemeine Grundsätze	211
2. Gebührenschuldner	212
3. Gebührenmaßstab	213
4. Ansatzfähige Kosten	216
5. Gebührensatz	218

§ 5 Das Mandat im Beamtenrecht

I. Versetzung, Abordnung, Umsetzung, Zuweisung	222
1. Vorbemerkungen	222
2. Versetzung auf Antrag des Beamten	224
3. Versetzung gegen den Willen des Beamten	227
4. Abordnung gegen den Willen des Beamten	234
5. Umsetzung und Rückumsetzung	236
6. Zuweisung	240
II. Konkurrenz um Beförderungämter und -dienstposten	244
1. Vorbemerkungen	244
2. Stellenausschreibung	245
3. Auswahl zwischen den Bewerbern	247
4. Mitteilung an die erfolglos gebliebenen Konkurrenten	256
5. Der vorläufige Rechtsschutz im Vorfeld einer Stellenbesetzung	259
6. Klagemöglichkeiten	269
III. Dienstliche Beurteilungen	273
1. Vorbemerkungen	273
2. Vorprozessualer Rechtsschutz	279
3. Verwaltungsgerichtliche Klage	281

§ 6 Das Mandat im Denkmalschutzrecht

I. Das Mandat im Denkmalschutzrecht	290
II. Das System der Unterschutzstellung	291
1. Ipso-iure-System und Classement-System	291
2. Die Rechtslage in den einzelnen Bundesländern	292
3. Bedeutung für den Rechtsschutz	293
III. Der Denkmalbegriff	293
1. Denkmaleignung des Gegenstandes	293
2. Denkmalfähigkeit	295
3. Denkmalwürdigkeit	299
4. Feststellung der Denkmaleigenschaft	300
IV. Unterschutzstellung	301
1. Classement-System	301
2. Unterschutzstellung nach dem ipso-iure-Prinzip	302
3. Rechtsschutz des Eigentümers unter dem ipso-iure-System	302
4. Rechtsschutz des Eigentümers beim Classement-System	303
5. Besonderheiten des Ensembleschutzes	305
V. Rechtsfolgen des Denkmalschutzes	306
1. Veränderungen des Denkmals	306
2. Umgebungsschutz	312
3. Exkurs: Baurechtliche und denkmalschutzrechtliche Verfahren	314
4. Erhaltung und Instandsetzung	315
5. Sonstige Pflichten	316
6. Konsensuale Lösungen im Denkmalschutzrecht	316
VI. Entschädigung	318
VII. Enteignung, Übernahme	319
VIII. Zuwendungen und steuerliche Vorteile	320
1. Zuwendungen	320
2. Steuervorteile	320

§ 7 Das Mandat im Bauplanungsrecht

I. Bauleitplanungsverfahren	324
1. Einleitung	324
2. Die Rechtsgrundlagen	325

Inhaltsverzeichnis

3. Die Planungsinstrumente	326
4. Die Ebenen des Planungsrechtes	329
5. Die Aufstellung der Bauleitpläne	332
6. Der UVP-pflichtige Bebauungsplan	351
7. Besonderheiten beim vorhabenbezogenen Bebauungsplan	352
8. Satzungen nach §§ 34, 35 BauGB	357
9. Rechtskontrolle	358
II. Baugenehmigungsverfahren	363
1. Vorfragen	364
2. Städtebauliche Rahmenbedingungen	369
3. Vorhaben im Geltungsbereich eines Bebauungsplans, § 30 BauGB	375
4. Ausnahmen und Befreiungen, § 31 BauGB	383
5. Zulässigkeit von Vorhaben während der Planaufstellung, § 33 BauGB	386
6. Zulässigkeit von Vorhaben im Innenbereich, § 34 BauGB	388
7. Bauen im Außenbereich, § 35 BauGB	397
8. Die Stellung der Gemeinde im Genehmigungsverfahren	407
§ 8 Das Mandat im Bauordnungsrecht	
I. Allgemeines zum bauordnungsrechtlichen Mandat	409
1. Mandantengespräch	409
2. Rechtsgrundlagen	410
3. Kommunikation mit allen Beteiligten	411
4. Kosten und Gebühren	415
II. Typische Fragen vor Erteilung der Baugenehmigung	415
1. Genehmigungspflichtige Tatbestände	415
2. Verfahrensfreie Verwirklichung des Vorhabens oder vereinfachtes Genehmigungsverfahren?	416
3. Baugenehmigungsantrag und Bauvorlagen	418
4. Genehmigungsfähigkeit?	419
5. Baugenehmigung, Teilbaugenehmigung oder (Bau-)Vorbescheid?	421
6. Erforderlichkeit anderer Genehmigungen neben der Baugenehmigung?	424
7. Bekanntgabe der Baugenehmigung	425
8. Typische bauordnungsrechtliche Problemstellungen	427
III. Nach Erteilung der Baugenehmigung	432
1. Allgemeines zu bauaufsichtlichen Maßnahmen	432
2. Baueinstellung	433
3. Baubeseitigung	433
4. Nutzungsuntersagung	435
5. Nachträgliche Anforderungen an bestehende bauliche Anlagen	436
IV. Erneuter Bauantrag und Antrag auf Vorbescheid nach vorheriger Ablehnung	437
§ 9 Das Mandat im Baunachbarrecht	
I. Einführung	440
II. Allgemeines	441
1. Ermittlung der tatsächlichen Beurteilungsgrundlagen	441
2. Ermittlung der rechtlichen Beurteilungsgrundlagen	442
III. Unterscheidung Nachbar-Mandat/Bauherren-Mandat	443
IV. Besonderheiten baurechtlicher Dreiecksverhältnisse	444
1. Strukturen dreiseitiger Rechtsbeziehungen	444
2. Unterscheidung subjektives/objektives Recht	444
3. Begriff des Nachbarn	445
4. Arten nachbarschützender Vorschriften	446
5. Arten nachbarlicher Ansprüche	447

6. Verhältnis des Abwehr- und des Schutzanspruches	448
V. Die praktisch wichtigsten Nachbarrechte	449
VI. Das Nachbar-Mandat	451
1. Allgemeine Empfehlungen	451
2. Das Nachbar-Mandat vor Baubeginn	452
3. Das Nachbar-Mandat nach Baubeginn	455
VII. Das Bauherren-Mandat	468
1. Allgemeine Empfehlungen	468
2. Gerichtliches Eilverfahren	470
§ 10 Das Mandat im Immissionsschutzrecht	
I. Das immissionsschutzrechtliche Mandat – Anwaltliche Beratungs- und Vertretungskonstellationen	473
1. Umweltbehördliche Verwaltungsverfahren	474
2. Widerspruchs- und verwaltungsgerichtliche Verfahren	475
II. Das immissionsschutzrechtliche Mandat im Genehmigungsverfahren	476
1. Rechtsgrundlagen	477
2. Anwendungsbereich des BImSchG	479
3. Genehmigungsbedürftigkeit	479
4. Materielle Genehmigungsfähigkeit	481
5. Das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren	487
III. Das immissionsschutzrechtliche Mandat im Rechtsschutzverfahren	506
1. Vertretung des Anlagenbetreibers	506
2. Rechtsschutz Drittbetroffener und von Umweltvereinigungen gegen Genehmigungen	510
§ 11 Das Mandat im Natur- und Landschaftsschutzrecht	
I. Grundlagen	523
1. Der Anwalt im Natur- und Landschaftsschutzrecht	523
2. Rechtsgrundlagen des Natur- und Landschaftsschutzrechts	527
II. Die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung	530
1. Bedeutung und Einordnung	530
2. Eingriffstatbestand	531
3. Rechtsfolgen der Eingriffsregelung	533
4. Umsetzung der Eingriffsregelung	537
5. Rechtsschutz	538
III. Der naturschutzrechtliche Gebiets- und Objektschutz	539
1. Bedeutung und Einordnung	539
2. Schutzgebiete	540
3. Rechtsformen und Verfahren der Unterschutzstellung	542
4. Materielle Rechtmäßigkeitsanforderungen	546
5. Bestandsschutz, Ausnahmen und Befreiungen	548
6. Rechtsschutz	549
7. Exkurs: Vertragsnaturschutz	550
IV. Der gesetzliche Biotopschutz	552
1. Schutzgegenstand	552
2. Rechtswirkungen	553
3. Ausnahmen und Befreiungen	553
V. Der Schutz Europäischer Vogelschutz- und FFH-Gebiete	554
1. Bedeutung und Einordnung	554
2. Auswahl und Ausweisung der Schutzgebiete	554
3. Schutz ausgewiesener Gebiete/Verträglichkeitsprüfung	556
4. Faktische Vogelschutzgebiete und potenzielle FFH-Gebiete	559
5. Rechtsschutz	559

Inhaltsverzeichnis

VI. Der besondere Artenschutz	560
1. Bedeutung und Einordnung	560
2. Schutzobjekte und Verbotstatbestände	561
3. Artenschutzrechtliche Prüfung	562
VII. Vereinsbeteiligung und Vereinsklage	564
1. Anerkennung der Naturschutzvereinigungen	564
2. Mitwirkungsrechte	565
3. Klagerechte	565
VIII. Eigentum, Ausgleich und Entschädigung	567
1. Grundlagen	567
2. Systematik naturschutzrechtlicher Regelungen zu Eigentum, Entschädigung und Ausgleich	568
3. Rechtsschutz	569

§ 12 Das Mandat im Abfallrecht

I. Vorgespräch: Zuordnung des Mandats zum Abfallrecht	571
II. Information über Gesetzesänderungen	571
III. Einstieg in das abfallrechtliche Mandat	571
1. Vorliegen von Abfall im Rechtssinne	572
2. Vorrang von Spezialgesetzen	576
3. Untergesetzliches Regelwerk	577
IV. Beteiligte eines abfallrechtlichen Vorganges	578
1. Der Abfallbesitzer	578
2. Der Abfallerzeuger	580
V. Abwehr von Überlassungsverfügungen	582
1. Grundsatz der Abfallverwertung	582
2. Häufige Fallkonstellationen	585
VI. Probleme beim Nachweis ordnungsgemäßer Abfallentsorgung	590
1. Behördliche Überwachung	591
2. Transporte und Vermittlungsgeschäfte	593
3. Innerbetriebliche Überwachung	594
VII. Sanierung von stillgelegten Deponien	594
1. Deponieinhaber im Sinne des § 40 Abs. 2 S. 1 KrWG	594
2. Anwendung des Bodenschutzrechts	595
VIII. Haftungsrechtliche Aspekte	596
1. Strafrechtliche Sanktionen	596
2. Ordnungswidrigkeiten, § 69 KrWG	598

§ 13 Das Mandat im Wasserrecht

I. Bedeutung in der anwaltlichen Praxis	600
II. Grundlagen	602
1. Europarecht	602
2. Innerstaatliches Recht	603
III. Gewässerbenutzung im Allgemeinen	606
1. Benutzungstatbestände	607
2. Einfache und gehobene Erlaubnis	612
3. Wasserrechtliche Bewilligung	625
4. Zulassung des vorzeitigen Beginns nach § 17 WHG	631
5. Alte Rechte und Befugnisse	632
IV. Abwassereinleitungen im Besonderen	634
1. Anforderungen an Abwassereinleitungen	634
2. Bau und Betrieb von Abwasseranlagen	639
3. Abwasserabgaben	641

4. Anschluss- und Benutzungszwang an die kommunale Abwasserbeseitigungsanlage	645
V. Umgang mit Wasser gefährdenden Stoffen	646
1. Anforderungen an Rohrleitungsanlagen	646
2. Umgang mit Wasser gefährdenden Stoffen in Anlagen	646
VI. Öffentliche Wasserversorgung	648
VII. Wasserschutzgebiete	649
1. Festsetzung von Wasserschutzgebieten	649
2. Anordnungen innerhalb von Wasserschutzgebieten	651
3. Entschädigungs- und Ausgleichsregelungen	651
4. Rechtsschutzmöglichkeiten	652
VIII. Gewässerausbau	652
IX. Hochwasserschutz	655
§ 14 Das Mandat im Gewerbe- und Gaststättenrecht	
I. Allgemeines Gewerberecht	659
1. Die Materien des Gewerberechts – ein Überblick	661
2. Begriffe des Gewerberechts	680
3. Besonderheiten des gewerberechtlichen Mandats	681
4. Vorbereitung des ersten Gesprächs	682
5. Erörterung mit dem Mandanten	687
6. Gewerberechtliche Rechte, Pflichten und Verbote	688
7. Einzelfragen der Gewerbeausübung	689
8. Maßnahmen und Befugnisse der Gewerbeaufsicht und -überwachung	695
9. Maßnahmen im Verwaltungs- und im Verwaltungsgerichtsverfahren	699
10. Organisation des Gewerbes	700
II. Gaststättenrecht	701
1. Landesgaststättengesetze	703
2. Der Anwendungsbereich des GastG	703
3. Die Erlaubnis	705
4. Die Erlaubnisfreiheit	709
5. Die Sperrzeit	710
6. Gaststättenrechtliche Pflichten und Verbote	711
7. Nichtraucherschutz	714
8. Maßnahmen der Gaststättenaufsicht	717
9. Organisationen	719
§ 15 Das Mandat im Schulrecht	
I. Allgemeines	722
1. Besonderheiten des schulrechtlichen Mandats	722
2. Rechtswegfragen	723
3.ungsverfahren, Vorverfahren und Klageart	725
4. Klagebefugnis	728
5. Schulbehörden und richtiger Beklagter	730
6. Akteneinsicht	730
7. Besonderheiten im vorläufigen Rechtsschutz	731
8. Streitwerte und Gebühren	731
II. Der Zugang zur Schule	732
1. Überblick	732
2. Der Zugang zu einer bestimmten Schule und Schulkapazität	733
3. Rechtsschutz im Verfahren wegen des Zugangs zu einer bestimmten Schule bei erschöpfter Kapazität	736
III. Schulpflicht, Einschulung, Zurückstellung	737
1. Grundzüge der materiellen Rechtslage	737

Inhaltsverzeichnis

2. Verfahren bei Zurückstellung	738
3. Rechtsschutzmöglichkeiten bei Zurückstellung oder Ablehnung einer Zurückstellung und ihre Erfolgsaussichten	738
4. Verpflichtung zum Besuch einer Vorklasse oder eines Schulkinder- gartens	739
IV. Feststellung eines sonderpädagogischen Unterstützungsbedarfs und Orte der sonderpädagogischen Förderung	739
1. Überblick	739
2. Grundzüge der Rechtslage (NRW)	740
3. Verfahren zur Feststellung eines sonderpädagogischen Unterstützungs- bedarfs (NRW)	741
4. Rechtsschutzmöglichkeiten	743
5. Kosten	745
6. Prozesskostenhilfe	745
V. Schulordnungsmaßnahmen	746
1. Grundzüge der materiellen Rechtslage	746
2. Ablauf des Verfahrens	751
3. Rechtsschutzmöglichkeiten	753
4. Erfolgsaussichten für den Rechtsschutz	754
VI. Schulische Leistungsbewertungen	756
1. Überblick	756
2. Der Beurteilungsspielraum bei schulischen Leistungsbewertungen	758
3. Grenzen der fachaufsichtlichen Überprüfung der Leistungsbewertung und Fachaufsichtsbeschwerde	759
4. Nachteilsausgleich/Notenschutz	760
5. Möglichkeiten des Hauptsachenrechtsschutzes	761
6. Erfolgsaussichten für den Hauptsachenrechtsschutz	764
7. Vorläufiger Rechtsschutz	765
VII. Streitigkeiten über Schülerfahrkosten	767
1. Überblick	767
2. Materiell-rechtliche Besonderheiten einzelner Fallgestaltungen	768
3. Prozessuale Besonderheiten	769
4. Kosten	770
VIII. Kosten für Klassenfahrten	770
IX. Streit um allgemeine Pflichten aus dem Schulverhältnis	771
1. Überblick	771
2. Klageart	771

§ 16 Das Mandat im Prüfungsrecht

I. Das Mandat	776
II. Die Zulassung zur Prüfung	777
1. Verfahren	777
2. Zulassungsvoraussetzungen	777
3. Anspruch auf Zulassung	779
4. Wirkungen der Zulassung	779
5. Mängel der Zulassung	780
6. Rechtsschutz	780
III. Die Ladung zur Prüfung	781
1. Form der Ladung	781
2. Inhalt der Ladung	782
3. Ladungsfrist	782
4. Ladungsfehler	783
IV. Der Prüfling	784
1. Mitwirkungspflicht	784

2. Prüfungsfähigkeit	784
3. Behinderungen	785
4. Eigene Leistung	788
V. Der Prüfer	788
1. Berufung	788
2. Zuteilung	789
3. Qualifikation	790
4. Unabhängigkeit	790
5. Befangenheit	791
6. Faires Verhalten	795
VI. Der Prüfungsstoff	799
1. Fachkenntnisse	799
2. Unzulässige Anforderungen	800
3. Rechtsschutz	800
VII. Die Durchführung der Prüfung	801
1. Prüfungsform	801
2. Besonderheiten im Antwort-Wahl-Verfahren	801
3. Prüfungsbeginn	802
4. Prüfungsdauer	803
5. Äußere Prüfungsbedingungen	805
VIII. Das Prüfungsprotokoll	810
1. Formaler Mindeststandard	810
2. Materielle Dokumentation	810
3. Protokollanlagen	811
4. Protokollmängel	811
5. Aufbewahrungsfrist	811
IX. Die Prüfungsleistung	811
1. Eigene Leistung	812
2. Täuschung über die erbrachte Leistung	812
X. Die Bewertung der Prüfungsleistung	816
1. Bewertungsmaßstäbe	816
2. Allgemeine Bewertungsgrundsätze	816
3. Bewertungsvorgang	818
4. Besonderheiten bei Prüfermehrheiten	820
XI. Der Bewertungsspielraum des Prüfers	823
1. Prüfungsspezifische Wertungen	823
2. Fachfragen	824
XII. Der Antwortspielraum des Prüflings	824
1. Fachspezifische Wertungen	824
2. Voraussetzungen	825
3. Wirkungsvolle Hinweise	825
4. Fachliteratur als Beleg	826
XIII. Die Bewertungsfehler	826
1. Begriff	826
2. Relevanz	826
3. Kausalitätsprüfung	827
4. Rechtsschutz	827
XIV. Das verwaltungsinterne Kontrollverfahren	828
1. Bedeutung	828
2. Verfahren	829
3. Entscheidung	830
XV. Die Neubewertung	830
1. Notwendigkeit	830
2. Voraussetzung	831
3. Berufene Prüfer	831

Inhaltsverzeichnis

4. Maßstab	832
5. Unmöglichwerden	834
XVI. Der Rücktritt von der Prüfung	834
1. Konstellationen	834
2. Voraussetzungen	835
3. Rücktritt	836
4. Genehmigung	843
5. Rechtswirkungen	843
6. Besonderheiten beim Serienrücktritt	843
7. Rechtsschutz	843
XVII. Die Sanktionsentscheidungen	844
1. Sanktion wegen Fehlverhaltens	844
2. Sanktion wegen Täuschungshandlungen	845
3. Sanktion wegen ordnungswidrigen Verhaltens	848
4. Rechtsschutz	848
5. Entziehung des Doktorgrades	848
XVIII. Die Prüfungsentscheidung	849
1. Form	850
2. Begründung	850
XIX. Die Akteneinsicht	853
1. Gegenstand	853
2. Art und Weise	854
3. Ort	854
4. Zeitpunkt	855
XX. Die Wiederholung der Prüfung	855
1. Zahlenmäßige Begrenzung	855
2. Umfang	856
3. Besonderheiten bei neu angesetzten Prüfungen	856
4. Zeitpunkt	857

§ 17 Das Mandat im Hochschulzulassungsrecht

I. Grundsätzliches zum Hochschulzulassungsrecht	859
1. Die Bedeutung der Rechtsprechung des BVerfG	859
2. Die Entwicklung des Hochschulzulassungsrechts aus anwaltlicher Sicht	861
II. Die Aufgaben der Stiftung für Hochschulzulassung und die Zulassung nach Vergaberecht – auch im höheren Fachsemester	865
III. Die Kapazitätsklage	868
1. Die Verfahrensstrategie	868
2. Die Mandatsvorbereitung und Mandatsannahme	871
3. Formen und Fristen der Antragstellung in Kapazitätsverfahren	872
4. Die anfallenden Kosten	874
5. Die Erfolgsaussichten der Kapazitätsklage	876
6. Besondere prozessuale Probleme der Kapazitätsprozesse	878
7. Die Prozesskostenhilfe (PKH)	883
8. Klageverfahren	885
9. Die Verfassungsbeschwerde im Studienzulassungs- und Kapazitätsrecht ...	888
IV. Materielles Kapazitätsrecht	889
1. Grundsätzliches	889
2. Die Berechnung des Bruttolehrdeputats	890
3. Stellenverlagerungen und Stellenstreichungen	892
4. Der Krankenversicherungsabzug (§ 9 Abs. 3 KapVO)	893
5. Der Dienstleistungsexport (§ 11 KapVO)	895
6. Die Lehrnachfrage (§ 6 KapVO)	896

7. Die Korrektur durch weitere Einflussfaktoren (§§ 14 ff. KapVO)	896
8. Modellstudiengänge	898
9. Keine Kapazitätsüberprüfung bei privaten, insbesondere kirchlichen Hochschulen	899
§ 18 Das Mandat im Staatshaftungsrecht	
I. Einleitung: Begriff der Staatshaftung	902
1. Allgemeiner Überblick	903
2. Haftungsumfang und Rechtsfolgen des hoheitlichen Handelns	903
II. Amtshaftung nach § 839 BGB iVm Art. 34 GG	905
1. Beamtenbegriff/Ausübung eines öffentlichen Amtes	907
2. Amtspflichten	911
3. Drittbezogenheit der verletzten Amtspflicht	921
4. Kausalität und Rechtswidrigkeitszusammenhang	933
5. Verschulden	935
6. Subsidiaritätsklausel (§ 839 Abs. 1 Satz 2 BGB)	940
7. Rechtsmittelversäumung (§ 839 Abs. 3 BGB)	944
8. Mitverschulden (§ 254 BGB)	947
9. Spruchrichterprivileg (§ 839 Abs. 2 Satz 1 BGB)	949
10. Sonstige Haftungsausschlüsse und -begrenzungen	950
11. Verjährung	952
12. Regress	954
13. Prozessuale Durchsetzung der Amtshaftung	956
III. Europäisches Staatshaftungsrecht	964
1. Außervertragliche (Staats-)Haftung der EU nach Art. 340 Abs. 2 AEUV ...	966
2. Der unionsrechtliche Staatshaftungsanspruch	968
IV. Entschädigungs- und Ausgleichsansprüche für hoheitliche Eigentumseingriffe	973
1. Enteignung, Art. 14 Abs. 3 GG	974
2. Inhalts- und Schrankenbestimmung des Eigentums	978
3. Enteignungsgleicher Eingriff	981
4. Enteignender Eingriff	985
5. Aufopferung	988
6. Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren (§ 198 GVG)	989
V. Sonstige öffentlich-rechtliche Ausgleichsansprüche	992
1. Folgenbeseitigungsanspruch	992
2. Unterlassungsanspruch	994
3. Öffentlich-rechtliche Schuldverhältnisse	996
4. Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch	997
VI. Unrechts- und Staatshaftung auf Grund Landesrecht	1000
1. Allgemeines	1000
2. Unrechtshaftung nach den §§ 39 Abs. 1b, 40 OBG NW	1000
3. Staatshaftungsgesetz DDR	1003
§ 19 Das Mandat im Planfeststellungsrecht	
I. Einführung	1007
1. Überblick, Begriffe	1007
2. Anwendungsbereiche des Planfeststellungsrechts	1011
3. Kosten- und Gebührenfragen	1013
II. Beteiligte (Mandanten) und ihre subjektiven Rechte	1014
1. Betroffene	1014
2. Anlagennutzer	1014
3. Vorhabenträger	1015
4. Planfeststellungsbehörde	1015
5. Natur- und Umweltschutzvereinigungen	1015

Inhaltsverzeichnis

III. Planfeststellungsverfahren	1015
1. Das Planfeststellungsverfahren als besondere Verfahrensart	1015
2. Anwendbares Verfahrensrecht	1016
3. Vorbereitung des Antrags auf Planfeststellung	1017
4. Antrag	1019
5. Antragskonferenz	1020
6. Umweltverträglichkeitsprüfung	1020
7. FFH-Verträglichkeitsprüfung	1022
8. Anhörungsverfahren	1022
9. Veränderungssperre	1029
10. Akteneinsicht	1029
11. Bekanntgabe des Planfeststellungsbeschlusses	1029
12. Erheblichkeit von Verfahrensfehlern	1030
13. Heilungsmöglichkeiten	1031
IV. Materiellrechtliche Anforderungen	1031
1. Beachtung zwingenden Rechts	1032
2. Planrechtfertigung	1035
3. Abschnittsbildung	1037
4. Prognose	1038
5. Privatnützige Planfeststellung	1039
6. Abwägung	1040
7. Anordnung von Schutzvorkehrungen	1047
8. Inanspruchnahme fremden Eigentums	1053
V. Inhalt und Rechtswirkungen des Planfeststellungsbeschlusses	1054
1. Form	1054
2. Inhalt	1054
3. Rechtswirkungen der Planfeststellung	1056
4. Privilegierung für Vorhaben von überörtlicher Bedeutung	1059
VI. Nachträgliche Maßnahmen der Planfeststellungsbehörde	1061
1. Planerhaltende Maßnahmen	1061
2. Nachträgliche Anordnungen	1063
3. Planänderung vor Fertigstellung des Vorhabens	1064
4. Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses	1064
5. (Teil-)Widerruf oder Rücknahme des Planfeststellungsbeschlusses	1065
6. Außerkrafttreten; Verlängerung	1065
7. Entwidmung planfestgestellter Anlagen	1066
VII. Plangenehmigung	1066
1. Voraussetzungen	1067
2. Rechtswirkungen	1068
3. Verfahren	1068
4. Ermessen	1068
VIII. Fälle unwesentlicher Bedeutung	1069
1. Unwesentliche Bedeutung	1069
2. Freistellungsentscheidung	1069
IX. Rechtsschutz	1070
1. Entfall des Vorverfahrens	1070
2. Entfall der aufschiebenden Wirkung	1070
3. Fristen	1070
4. Gerichtszuständigkeiten	1072
5. Klagebefugnis	1074
6. Rechtsschutzbedürfnis	1080
7. Klageart, Klageantrag	1080
8. Entscheidungstenor	1082
9. Rechtskraft	1082
10. Einstweiliger Rechtsschutz	1082

§ 20 Das Mandat im Bodenschutzrecht

I. Allgemeines	1086
1. Rechtsquellen zum Bodenschutzrecht	1086
2. Fallkonstellation bodenschutzrechtlicher Mandate	1089
II. Ordnungsbehördliche Inanspruchnahme im Bodenschutzrecht	1089
1. Allgemeines	1089
2. Wer haftet für schädliche Bodenverunreinigungen (§ 4 BBodSchG)	1091
3. Auswahl zwischen mehreren Störern	1095
4. Voraussetzungen und Grenzen für das Einschreiten der zuständigen Behörde	1098
5. Sanierungsuntersuchung/Sanierungsplan	1101
6. Sanierungsvertrag	1102
III. Altlasten bei investiven Vorhaben	1103
1. Planungsrechtliche Relevanz von Altlasten und schädlichen Boden- verunreinigungen	1103
2. Altlasten im Baugenehmigungsverfahren	1104
IV. Sonstiges	1105
1. Versicherbarkeit von Altlasten	1105
2. Altlasten im Insolvenzverfahren	1106
V. Einstweiliger Rechtsschutz und Klageverfahren	1106
VI. Rechtsverhältnisse mehrerer Störer untereinander	1107
1. Anspruchsberechtigter	1107
2. Anspruchsgegner	1108
3. Umfang des Ausgleichsanspruches	1108
4. Verjährung	1109
VII. Wertausgleich	1109
VIII. Streitwert und Honorar	1110

§ 21 Das Mandat im Straßenrecht

I. Grundlagen	1114
II. Straßenbestandsrecht	1115
1. Widmung und Einstufung	1115
2. Umstufung	1126
3. Einziehung	1129
4. Teileinziehung	1133
III. Straßennutzungsrecht	1135
1. System	1135
2. Teil der öffentlichen Straße	1136
3. Gemeingebrauch	1136
4. Anliegergebrauch	1139
5. Privatrechtliche Gestattung einer Sondernutzung	1140
6. Öffentlich-rechtliche Sondernutzung	1140
7. Zufahrten und Zugänge	1150
8. Aufbruch öffentlicher Verkehrsflächen	1154
9. Entschädigung für Erschwernisse	1155
IV. Sonstiges Straßennachbarrecht	1156
1. Anbaubeschränkungen und -verbote	1156
2. Bepflanzungsverbote und Duldungspflichten	1160
V. Straßenbaulast, Verkehrssicherungspflicht und Straßenreinigung	1161
1. Regelungsmaterien	1161
2. Straßenbaulast	1162
3. Reinigungs- und Winterdienstpflicht	1163
4. Übermäßige Verunreinigung	1167

Inhaltsverzeichnis

5. Einschreiten gegen sonstige Störungen	1167
VI. Verkehrsrechtliche Anordnungen	1167
§ 22 Das Mandat im Medienrecht	
I. Besonderheiten der verwaltungsrechtlichen Mandatsbearbeitung im Medienbereich	1175
1. Rechtsübergreifende Tätigkeit	1175
2. Aufbau von Kommunikationsebenen	1175
II. Begriff der Medien	1176
1. Medien als Informationsmittler	1176
2. Medienkonvergenz und technischer Wandel	1176
3. Macht der Medien und gesellschaftliche Bedeutung	1176
III. Wesenselemente des Medienrechts	1178
1. Abgrenzung	1178
2. Dilemma der Medienregulierung	1178
3. Grundsatz der Staatsfreiheit bzw. der Staatsferne	1178
4. Europäisierung des Medienrechts	1179
5. Begriffsvielfalt im Medienrecht	1180
IV. Medienformen	1181
1. Presse	1181
2. Rundfunk	1181
3. Film	1182
4. Telemedien	1183
5. Intermediäre	1183
V. Unionsrechtsakte	1186
1. AVMD-RL	1186
2. E-Commerce-RL	1187
3. Digital Services Act	1187
4. Media Freedom Act	1190
5. Terrorpropaganda-VO	1191
VI. Nationale Rechtsakte	1191
1. Medienstaatsvertrag	1191
2. Jugendmedienschutz-Staatsvertrag	1192
3. TMG	1193
4. TTDSG	1193
5. Landesmediengesetze	1193
6. Landespressegesetze	1194
7. Netzwerkdurchsetzungsgesetz	1194
VII. Zulassungserfordernis und Unbedenklichkeitsbescheinigung	1195
VIII. Landesmedienanstalten	1195
IX. Antrag auf Zulassung privat veranstalteter Rundfunkprogramme	1198
X. Anträge auf Zuweisung von Übertragungskapazitäten	1199
1. Auswahlentscheidung bei knappen Übertragungskapazitäten	1199
2. Rechtsschutz im Zuweisungsverfahren	1201
XI. Werbung in elektronischen Medien	1202
XII. Jugendschutz in elektronischen Medien	1203
§ 23 Das Mandat im Aufenthaltsrecht	
I. Vorbemerkung	1206
II. Besonderheiten des aufenthaltsrechtlichen Mandats	1207
1. Abgrenzung des aufenthaltsrechtlichen vom asylrechtlichen Mandat	1207
2. Grundbegriffe des Aufenthaltsrechts	1207
3. Bestimmung des anwendbaren materiellen Rechts	1208
4. Sprache und Verständigung	1209

5. Verfahrenssprache und fremdsprachige Dokumente	1210
6. Aufenthaltsrechtliche Handlungsfähigkeit	1210
7. Antragserfordernis	1211
8. Mitwirkungspflichten und Präklusion	1211
9. Partieller Ausschluss des Widerspruchsverfahrens	1212
10. Wirkung von Widerspruch und Klage	1212
11. Wirksamkeit aufenthaltsbeendender Maßnahmen trotz fehlender Bestandskraft	1214
12. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung der Rechtmäßigkeit einer aufenthaltsrechtlichen Entscheidung	1215
13. Anwaltsgebühren im Aufenthaltsrecht	1216
III. Die Rechtsstellung von Unionsbürgern und Staatsangehörigen der EWR- Staaten	1216
1. Freizügigkeit von Unionsbürgern	1216
2. Arbeitnehmerfreizügigkeit	1217
3. Freizügigkeit von selbständig Erwerbstätigen, Erbringern und Empfängern von Dienstleistungen	1218
4. Freizügigkeit von nicht erwerbstätigen Unionsbürgern	1218
5. Freizügigkeit von Familienangehörigen	1218
6. Daueraufenthaltsrecht	1219
7. Verlust des Rechts auf Einreise und Aufenthalt	1220
IV. Die Rechtsstellung von Staatsangehörigen der Schweiz	1223
V. Die Rechtsstellung von Staatsangehörigen des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland	1224
VI. Die Rechtsstellung von Staatsangehörigen der Türkei	1224
1. Aufenthalts- und Arbeitsrecht von türkischen Arbeitnehmern nach Art. 6 ARB 1/80	1225
2. Aufenthalts- und Arbeitsrecht von Familienangehörigen türkischer Arbeitnehmer nach Art. 7 ARB 1/80	1226
3. Beschränkung des Aufenthalts- und Arbeitsrechts von türkischen Staatsangehörigen nach Art. 14 ARB 1/80	1227
VII. Die Rechtsstellung von Drittstaatsangehörigen	1228
1. Passpflicht	1228
2. Aufenthaltstitel	1228
3. Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen	1232
4. Erlöschen eines Aufenthaltstitels	1234
5. Ausweisung	1235
6. Abschiebung	1240
7. Duldung	1241
8. Abschiebungshaft und Ausreisegewahrsam	1242
9. Straf- und Bußgeldvorschriften	1243

§ 24 Das Mandat im Asylrecht

I. Das deutsche Asylrecht in Zeiten zunehmender Migration und im europäischen Kontext	1246
II. Die einzelnen Besonderheiten des asylrechtlichen Mandats	1249
1. Abgrenzung des asylrechtlichen vom aufenthaltsrechtlichen Mandat	1250
2. Sprach- und Verständigungsprobleme	1250
3. Deutsch als Amts- und Gerichtssprache und fremdsprachige Dokumente	1251
4. Zuständigkeiten	1251
5. Antragserfordernis und grundsätzliche Wohnpflicht in Aufnahme- einrichtung	1252
6. Handlungsfähigkeit, Inobhutnahme und Vertretung (unbegleiteter) Minderjähriger	1254

Inhaltsverzeichnis

7. Amtsermittlung durch das Bundesamt und besondere Mitwirkungspflichten eines Asylbewerbers (insbes. Anhörung)	1257
8. Verfahren der Asylzuständigkeitsbestimmung („Dublin-Verfahren“) und Exkurs: „Anerkannte“ aus anderen EU-Ländern	1260
9. Beteiligungsrechte	1265
10. Besondere Zustellungsvorschriften	1265
11. Verschiedene Entscheidungsvarianten des Bundesamtes	1266
12. Ausschluss des Widerspruchs	1268
13. Zuständiges Verwaltungsgericht	1268
14. Weitgehender Ausschluss des Suspensiveffekts der Klage	1268
15. Besondere Fristen für Klage und Eilantrag	1268
16. Entscheidung durch den Einzelrichter	1269
17. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Entscheidung des Gerichts und gesetzlich angeordnete Klageänderung	1270
18. Beteiligtenvernehmung des Asylbewerbers	1270
19. Rechtsmittelausschluss, Sprungrevision limitierte Tatsachenrevision, Lockerung des Zurückweisungsverbots und besondere Fristen für das Berufungsverfahren	1270
20. Präklusionsregelung für das asylgerichtliche Klage- und Berufungsverfahren	1273
21. Fiktive Klagerücknahme wegen Nichtbetreiben des Verfahrens gem. § 81 AsylG	1273
22. Gerichtskostenfreiheit und Gegenstandswert in Streitigkeiten nach dem AsylG	1274
III. Grundlagen des Asyl- und Flüchtlingsrechts nach Art. 16a GG iVm § 2 AsylG bzw. § 60 Abs. 1 AufenthG iVm § 3 AsylG sowie des subsidiären Schutzes nach § 60 Abs. 2 AufenthG iVm § 4 AsylG	1275
1. Verhältnis der drei Rechtsstatus	1275
2. Das Grundrecht auf Asyl nach Art. 16a GG	1278
3. Die Zuerkennung des Flüchtlingsstatus nach § 60 Abs. 1 AufenthG iVm § 3 AsylG (Konventionsflüchtlinge)	1282
4. Europarechtlicher subsidiärer Schutz nach § 60 Abs. 2 AufenthG iVm § 4 AsylG	1284
5. Nationaler Schutz in Form von Abschiebungsverböten nach § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG	1286
6. Familienasyl und Familienflüchtlingsschutz sowie abgeleiteter subsidiärer Schutz nach § 26 AsylG	1288
IV. Die Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge über einen Asylantrag und der entsprechende Rechtsschutz	1289
1. Gegenstand der Entscheidungen	1290
2. Verbindlichkeit asyl- und aufenthaltsrechtlicher Entscheidungen des Bundesamtes nach § 6 und § 42 AsylG	1291
3. (Teil-)Stattgabe eines Asylantrages und Verhältnis zu niedrigeren Schutzniveaus	1293
4. (Teil-)Stattgabe eines Asylantrages und Verhältnis zu höheren Schutzniveaus	1294
5. Unzulässigkeits-Entscheidung bei Zuständigkeit eines anderen Staates für die Prüfung des Asylantrages nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 AsylG und Abschiebungsanordnung nach § 34a AsylG	1295
6. Unzulässigkeits-Entscheidung bei bereits erfolgter Zuerkennung internationalen Schutzes in einem anderen EU-Mitgliedstaat nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG und Abschiebungsandrohung nach § 35 AsylG	1297
7. Unzulässiger Asylantrag gem. §§ 27, 29 Abs. 1 Nr. 4 AsylG	1299
8. Offensichtlich unbegründeter Asylantrag gem. § 30 AsylG	1301
9. Offensichtlich unbegründeter Asylantrag gem. § 29a AsylG	1303

10. Ablehnung eines Asylantrages als einfach unbegründet	1304
11. Entscheidung bei Antragsrücknahme oder Verzicht gem. § 32 AsylG	1304
12. Entscheidung bei Entscheidung bei Nichtbetreiben gem. § 33 AsylG	1306
13. Entscheidung über einen Folgeantrag gem. § 71 AsylG	1307
14. Entscheidung über einen Zweitantrag gem. § 71a AsylG	1310
V. Verlust der Rechtsstellung als Asylberechtigter iSd Art. 16a Abs. 1 GG iVm § 2 AsylG und/oder als Flüchtling iSd § 60 Abs. 1 AufenthG iVm § 3 AsylG bzw. als subsidiär Schutzberechtigter nach § 60 Abs. 2 AufenthG iVm § 4 AsylG bzw. von Abschiebungsverboten nach § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG	1312
1. Allgemeines	1312
2. Erlöschen der Asylberechtigung bzw. des internationalen Schutzes sowie von Abschiebungsverboten nach § 72 AsylG	1312
3. Widerruf der Rechtsstellung als Asylberechtigter bzw. Flüchtling nach §§ 73 Abs. 1, Abs. 3, Abs. 5, 73a, 73b Abs. 7 S. 1 AsylG	1313
4. Rücknahme der Rechtsstellung als Asylberechtigter bzw. international Schutzberechtigter nach §§ 73 Abs. 4, Abs. 5, 73b Abs. 7 S. 1 AsylG	1316
5. Widerruf des subsidiären Schutzes iSd § 60 Abs. 2 AufenthG iVm § 4 AsylG nach §§ 73 Abs. 2, 73a, 73b Abs. 7 S. 1 AsylG	1317
6. Widerruf oder Rücknahme von Abschiebungsverboten iSd § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG nach §§ 73 Abs. 6, 73b Abs. 7 S. 1 AsylG	1317
7. Erlöschen und Entziehen einer von einem anderen Staat stammenden Anerkennung als Flüchtling nach § 73c AsylG	1318

Teil D. Europarecht in der anwaltlichen Praxis

§ 25 Grundlagen des Europarechts und des europäischen Verfahrensrechts

I. Allgemeines	1320
1. Das „Unionsrecht“ nach dem Vertrag von Lissabon	1320
2. Die Aufwertung der Grundrechte nach dem Vertrag von Lissabon	1322
3. Europarecht in der anwaltlichen Praxis	1323
4. Rechts- und Informationsquellen	1324
II. Der Rechtsanwalt vor der Europäischen Kommission	1325
1. Die Rolle der Kommission	1325
2. Organisation	1325
3. Arbeitsweise und Beschlussfassung	1326
4. Der Ablauf eines Verfahrens vor der Kommission	1327
5. Transparenz, Anhörungs- und Beteiligungsrechte	1329
6. „Brüsseler Spezialitäten“ (Formblätter, Best Practices, Prä- Notifizierungskontakte)	1329
7. Sprachen bzw. Nationalitäten	1331
8. Die Arbeitsebene der Kommission	1331
9. Zum Inhalt der Schriftsätze	1333
III. Der Rechtsanwalt vor den Unionsgerichten	1333
1. Das Rechtsschutzsystem	1333
2. Direktklagen (Nichtigkeits- und Untätigkeitsklagen) vor dem Gericht	1338
3. Rechtsmittel	1351
4. Einstweiliger Rechtsschutz	1355
5. Vorabentscheidungsverfahren (Art. 267 AEUV)	1357

Sachverzeichnis	1365
-----------------------	------



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG